

Von Bastionen, Leuchttürmen und gallischen Dörfern

Der Kongress der Gewerkschaftslinken in Frankfurt Ende September bot ein Forum zum Austausch betrieblicher Erfahrungen und zum Aufarbeiten von Schlussfolgerungen

Aktuell sind die Themen und Diskussionen nach wie vor, auch wenn er nun schon ein paar Tage zurückliegt, der 8. bundesweite Kongress der Gewerkschaftslinken. Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik trafen sich Ende September ein Wochenende lang im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Ziel war es, den gewerkschaftlichen, sozialen, betrieblichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik ein Forum, eine Stimme zu geben. Dies scheint schon deshalb wichtig, weil häufig der Kampf singulär bleibt, der Durchbruch ins öffentliche Bewusstsein nur schwer gelingt. Und auch die Verbindung untereinander zu wenig ausgebildet ist.

Hans Kroha, Mitglied im Sekretariat der Gewerkschaftslinken, konstatierte daher schon eingangs den Widerspruch zwischen einer wachsenden Bereitschaft von Belegschaften, sich dem neoliberalen Abbau von gewerkschaftlichen und tariflichen Rechten zu widersetzen und dem – mangelhaften – Vermögen der Gewerkschaften, inhaltliche, programmatische und Solidarität stiftende Perspektiven zu entwickeln. Solche Lücken zu schließen – auch dies war ein Ansatz der Beratungen.

Die Betriebsberichte, Schwerpunkte am ersten Konferenztage, umfassten folgende Bereiche: Metallbetriebe mit langjähriger Tradition in den Auseinandersetzungen, Bewegungen im öffentlichen Dienst, hartnäckiger Widerstand in noch jungen Bereichen. Hier ging es in der Hauptsache um Abwehr, um den Erhalt von Arbeitsplätzen – mit recht unterschiedlichem Erfolg. Leuchtendes Beispiel – der erfolgreiche Kampf der Hamburger Hafendarbeiter über die europäischen Grenzen hinweg.

Joachim Schubert, Alstom Power, Mannheim, kommt aus einem Betrieb, der zur Zeit etwa 2000 Beschäftigte hat, sich seit 1988 in Auseinandersetzungen um den Erhalt der Arbeitsplätze befindet. Seine zentrale Fragestellung: Inwieweit kann ein Sozialtarifvertrag dazu beitragen, Arbeitsplätze zu erhalten? Nach seiner Auffassung ist es außerordentlich wichtig, dass sich die Belegschaften in Sachen Abfindungen einig sind. Nur so ist es auch möglich, Erpressungsversuchen zu widerstehen und die Durchlöcherung der Tarifverträge zu verhindern. Eine weitere Schlussfolgerung: Die Gewerkschaften müssen sich viel mehr um überbetriebliche Solidarität kümmern, um „einen Brückenschlag zwischen den Belegschaften in der Branche“; durch gemeinsame Aktionstage, gemeinsame Vertrauensleutenkonferenzen oder Kundgebungen und Komitees hinzubekommen. Darüber kann der Weg zur Einheit

führen – betrieblich und weitergreifend. „Einigkeit ist die Garantie für alles“, lautet sein Credo.



Wie schwer es mitunter ist, dieses Ziel zu erreichen, zeigte **Michael Clauss von DaimlerChrysler in Untertürkheim** auf. Der Firmenname ist gleichzeitig Synonym für selbstbewusste Kampfstärke des Großbetriebs. Nach Auffassung des Betriebsrats hing dies in den zurückliegenden Jahren eng mit einer funktionierenden Vertrauensleutenstruktur zusammen. Mit deren Umorganisation und Entpolitisierung verlagerten sich die Gewichte hin zu den Betriebsräten, die allerdings eher zum Co-Management tendieren. Vertrauensleute agieren heute als Beauftragte des Betriebsrats. Die Entdemokratisierung verhindert die eigenständige Willensbildung der Belegschaften. Viel Kraft muss aufgewandt werden, um Ausgrenzungen von den Alternativen-Betriebsräten abzuwehren. Als eine wichtige Kampfform innerhalb und außerhalb des Betriebs sieht Michael Clauss die breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit an. „Widerstand nach vorn organisieren“, nennt er diese Strategie. Wobei Öffentlichkeit und Solidarität zwei sich wechselseitig verstärkende Faktoren sind. Widerstand

nach vorne heißt aber auch, sich nicht in – notwendigen – Abwehrkämpfen zu erschöpfen.

Ganz anders gelagert sind die Verhältnisse bei **Gate Gourmet, dem Düsseldorfer Caterer für Fluglinien. Christian Frings** berichtete stellvertretend für betriebliche Akteure, was schon die Problematik bei diesem Unternehmen andeutet. Sechs Monate dauerte der Streik des 120-Leute-Unternehmens. Sie wagten es zum ersten Mal. Aus der Analyse ging jedoch deutlich hervor, dass „nicht allein Lohnprozent“ den Ausschlag gaben, sondern ein Streikmotiv auch darin bestand, die Würde und den aufrechten Gang der Beschäftigten zu wahren. Nach einem durchaus passablen Ergebnis gab es eine spürbare Einsparung beim Personal, die meisten Aktiven haben den Betrieb mit Abfindungen verlassen. Resignation ist die Folge. „Länge und Entschlossenheit des Streiks konnten im Alltag nicht weiterwirken,“ so der Berichtersteller.

Die Ausgangsbedingungen gestalteten sich allerdings extrem ungünstig. Am Flughafen arbeiten 300 verschiedene Betriebe mit 28 Betriebsräten. Von daher konnten Solidaritätsaktionen mit wirtschaftlichem Druck nicht aufgebaut werden. Zudem stimmten sich die einzelnen Gewerkschaften kaum ab. So bleibt heute auch Enttäuschung über die Gewerkschaft zurück, die durch das lokale Solidaritätskomitee nicht aufgewogen werden kann. Nicht nehmen kann man allerdings den Streikenden die Erfahrung der Selbständigkeit – auch bei der Bildung einer Streikleitung – und die Erfahrung, als „gallisches Dorf“ die Stirn geboten zu haben.

Zumindest zeitweise stärker im Blickfeld der Medien standen die Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst. **Uschi Gerster aus Essen** machte darauf aufmerksam, dass die **Streiks auch an den Universitätskliniken** in Nordrhein-Westfalen im Umfeld von drei weiteren Auseinandersetzungen stattfand: der kommunalen Beschäftigten, der Länderbeschäftigten, der Ärzte. Das Thema Arbeitszeit entwickelte sich übergreifend, wobei man sich zunächst gegen die Medien-Kampagne zur Wehr zu setzen hatte: „Soviel Aufhebens wegen 18 Minuten weniger Arbeitszeit pro Woche?“ Als Erfahrung lässt sich hier festhalten: Nur ein Teil der Beschäftigten konnte zum Streik aufgerufen werden. Daraus gilt es Schlussfolgerungen zu ziehen für die Arbeitskämpfrichtlinien der Gewerkschaft. Für die Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit hat man sich viel einfallen lassen: Sitzblockaden vor der

Klinikleitung, SEK-Einsätze zu Politikern, Flugblätter in U- und S-Bahnen, Transparente über Autobahnen, Stadtläufe, Teilnahme an Ratssitzungen, spontane Besetzung des Wissenschaftsministeriums oder Schweigedemonstrationen mit Masken des Finanzministers. Bei all diesen Aktionen galt es auszuloten, „wie weit man gehen kann“, wie „ungehorsam“ man sein muss.

Auf die Erfahrungen aus dem **wochenlangen Streik im öffentlichen Dienst von Baden-Württemberg** wies **Bernd Riexinger** hin. Dort stellte sich - bei den vielen positiven Merkmalen - als eine Schwierigkeit heraus, dass durch die „Zerfledderung“ der Tariflandschaft im öffentlichen Dienst wesentliche klassische Kampfbereiche nicht einbezogen werden konnten. Zudem geriet man in Schwierigkeiten, in der fortgeschrittenen Phase die Öffentlichkeitsarbeit stringent zu organisieren.

Aus den fesselnden Analysen betrieblicher Auseinandersetzungen seien diese Beispiele angeführt, da sie deutlich unterschiedliche Ausgangsbedingungen und differenzierte Binnenverhältnisse darstellen. Verstärkt zeigt sich das Problem, dass über Leiharbeitsfirmen Streikbruch organisiert wird. Übergreifend bleiben als Merkposten: Die unterschiedlichen betrieblichen Bedingungen können im Kern nur betrieblich angegangen werden. Die Entwicklung von betrieblicher und außerbetrieblicher – bis hin zur internationalen – Solidarität ist jedoch ein mächtiger Faktor. Das fängt bei der Grußadresse an, geht über die Abstimmung und Zusammenarbeit der Gewerkschaften und gipfelt im Solidaritätsstreik. Branchenübergreifende Kenntnis von einander, wechselseitiges Unterstützen und neue Mitglieder stärken das Durchhaltevermögen. Wie die Konferenz zeigte, ist die Kreativität hier riesengroß; ebenso groß das Bedürfnis und die Notwendigkeit von Vernetzung. Voraussetzung und Grundlage sind aber immer Information, Öffentlichkeitsarbeit in jeder Form und Breite. In diesem Zusammenhang leistete die Konferenz der Gewerkschaftslinken einen wichtigen Beitrag: Sie stellte Öffentlichkeit her und übte solidarische Diskussion. Die selbstgestellte Aufgabe, Scharnier für betriebliche Bewegungen untereinander und hin zu den Gewerkschaften und zur Öffentlichkeit zu werden, muss noch bewältigt werden.

Renate Bastian, Frankfurt

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306
HKroha@t-online.de
Redaktionsschluss: 10. Dezember 2006

Eine ausführliche Dokumentation der Veranstaltung wird zur Zeit erstellt.

www.labournet.de

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch